

Melderegisterauskunft: Datenübermittlung an öffentliche Stellen

Öffentliche Stellen (Behörden, Körperschaften öffentlichen Rechts, usw.) können zu ihrer Aufgabenerfüllung auf Anfrage eine Auskunft aus dem Melderegister über die benötigten Daten eines Einwohners erhalten.

Auskünfte sind zur Zeit nur auf schriftliche Anfrage möglich.

Voraussetzungen

- Angaben über die gesuchte Person
Familiename, Vorname, Geburtsdatum und/oder auch die letzte Ihnen bekannte Anschrift in Berlin müssen eine eindeutige Identifizierung der angefragten Person zulassen.

Erforderliche Unterlagen

- Schriftlicher Antrag
Ihren Antrag können Sie an jede der "Zuständigen Behörden" (siehe unten) übersenden. An das Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten übersenden Sie Ihren Antrag bitte nur per Post (kein Fax oder Email)

Gebühren

grundsätzlich gebührenfrei;
die Gebührenbefreiung gilt nicht für Sondervermögen und Betriebe, die einen Wirtschaftsplan aufstellen sowie für gleichartige erwerbswirtschaftlich ausgerichtete Einrichtungen juristischer Personen des öffentlichen Rechts und für Kreditinstitute im Sinne des Gesetzes über das Kreditwesen (§ 2 Abs. 2 Verwaltungsgebührenordnung); Regelungen anderer Bundesländer sind unerheblich.

Rechtsgrundlagen

- Bundesmeldegesetz
<https://www.gesetze-im-internet.de/bmg/>

Durchschnittliche Bearbeitungszeit

Die Bearbeitung erfolgt grundsätzlich in der zeitlichen Folge des Eingangs der Anfragen bzw. Feststellung des Zahlungseinganges. Die Bearbeitungsdauer beträgt je nach Auskunftsaufkommen bei der jeweiligen Meldebehörde mehrere Wochen.

Bitte sehen Sie von Rückfragen ab. Erinnerungen vor Ablauf der jeweils aktuellen Bearbeitungsdauer können zur Vermeidung von mehrfacher Bearbeitung nicht berücksichtigt werden.

PDF-Dokument erzeugt am 01.10.2020